

Antrag an die Stadtversammlung am 19.4.2010

Google Street View – München widerspricht den Nutzungsmöglichkeiten der Daten seiner Immobilien

Die grüne Stadtratsfraktion wird aufgefordert zu beantragen, dass die Stadt München und ihre Beteiligungsgesellschaften bei Google Deutschland bzw. bei der Google Inc., USA, der Erhebung und einer eventuellen Nutzung der Bildaufnahmen ihrer Objekte und Liegenschaften widerspricht und die Einwohnerinnen über ihre Widerspruchsrechte informiert.

Die Stadtratsfraktion wird darüber hinaus aufgefordert zu prüfen, ob und wie die Stadt München grundsätzlich zum Schutz der Privatsphäre ihrer Bürgerinnen und Bürger ein Verbot dieser Art von Datenerhebung auf ihrem Territorium anstreben kann.

Begründung:

Durch die derzeit an Straßen Münchens im Auftrag von Google Street View erstellten und zur Veröffentlichung im Internet bestimmten Filmaufnahmen werden Sicherheitsaspekte beeinträchtigt, welche die Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger verletzen. Google Street View ermöglicht Fremden Einblicke in Häuser, Höfe und Gärten durch Kamerabilder, die in Höhe von 2,50 m aufgenommen werden, durch die somit auch über Hecken und Zäune gesehen werden kann. Die möglichen Folgen für öffentliche Einrichtungen und private Betroffene sind problematisch, können doch das Bildmaterial von einer Vielzahl Dritter für unterschiedliche Interessen benutzt werden und Sicherheitsvorkehrungen vorab erkundet werden. Die Daten, die Google Street View veröffentlichen möchte, können auch von Kriminellen oder Attentätern zur Vorbereitung von Einbrüchen oder Gewaltverbrechen genutzt werden. Die genaue Einsicht auf Polizei- und Gerichtsgebäude, Frauenhäuser, Schulen, Kindergärten und andere sensible Einrichtungen ist aus Sicherheitsgründen höchst problematisch. Zudem wird die Zusicherung, Gesichter und Autokennzeichen unkenntlich zu machen, nur lückenhaft umgesetzt.

Die Stadt München soll daher für Münchens Bürgerinnen und Bürger beispielhaft handeln und diese von ihrem Widerspruchsrecht vor der Befahrung und dem anschließenden Widerspruchsrecht zur Datennutzung aktiv informieren. Öffentliche Einrichtungen, Bürgerinnen und Bürger erfahren sonst möglicherweise erst im Nachhinein, dass ihre Liegenschaften und Gärten im Internet einsehbar sind. Ein Widerspruch der Landeshauptstadt als größte Kommune Deutschlands und ihrer zahlreichen Tochterunternehmen würde ein deutliches Zeichen setzen gegen die Datensammelwut von Google.

UnterzeichnerInnen:

Nikolaus Hoenning, (Vorsitzender KV München)
Hanna Sammüller (Vorsitzende KV München)
Hermann Brem (Schatzmeister KV München)